Kai Röhrbein: „Demokratie beginnt nicht erst in Berlin – sie beginnt vor Ort“

WZ-Verleger über die Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ und die Bedeutung lokaler Medien

DEMOKRATIE BRAUCHT VIELE STIMMEN.

WALSRODE. Vom 14. bis 19. September beteiligen sich journalistische Medien in Deutschland an der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“. Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender sowie digitale Medien wollen damit für Pressefreiheit, Medienvielfalt und professionellen Journalismus werben. Die Walsroder Zeitung ist auch dabei. Kai Röhrbein kennt die Herausforderungen aus zwei Perspektiven. Als Verleger und Geschäftsführer trägt er Verantwortung für ein lokales Medienhaus. Als Vorsitzender des Verbands Deutscher Lokalzeitungen und Lokalmedien vertritt er die Interessen kleinerer und mittelständischer Tageszeitungen gegenüber Politik und Wirtschaft. Im WZ-Gespräch erklärt er, warum Lokaljournalismus für die Demokratie unverzichtbar ist und was Leserinnen und Leser von ihrer Zeitung erwarten dürfen.

„Das Lokale ist der Ort, an dem Politik konkret wird“: WZ-Verleger Kai Röhrbein, der zusammen mit seinem Bruder Clemens die Geschicke dieser Zeitung leitet, unterstreicht im WZ-Gespräch, weshalb sich die Walsroder Zeitung an der aktuell laufenden bundesweiten Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“ beteiligt. FOTO: PASCAL FRAITAG

WZ: Herr Röhrbein, die Walsroder Zeitung beteiligt sich an der Aktionswoche „Demokratie braucht viele Stimmen“. Was bedeutet dieses Motto für Sie persönlich?

Kai Röhrbein: Demokratie lebt davon, dass Menschen unterschiedliche Meinungen haben und offen miteinander sprechen können. Dafür brauchen sie aber eine gemeinsame Grundlage: verlässliche Informationen. Genau darum geht es bei dieser Aktionswoche. Sie ist kein Werbefeldzug für ein einzelnes Medienhaus und auch kein Aufruf, einer bestimmten politischen Meinung zu folgen. Es geht um eine gemeinsame Überzeugung: Menschen müssen sich auf Grundlage recherchierter und überprüfter Informationen eine eigene Meinung bilden können. Das ist heute wichtiger denn je. Wir leben in einer Zeit, in der sehr viele Informationen gleichzeitig auf uns einwirken. Nachrichten, Kommentare, Videos, Beiträge in sozialen Netzwerken und Inhalte von künstlicher Intelligenz stehen nebeneinander. Das kann verunsichern, wenn Quellen nicht erkennbar sind oder falsche Behauptungen schnell verbreitet werden. Viele Stimmen sind deshalb kein Problem. Das Problem ist, wenn niemand mehr weiß, welchen Informationen er vertrauen kann.

Warum braucht es dafür eine gemeinsame Aktionswoche der Medien?

Weil die Herausforderungen alle Mediengattungen betreffen. Zeitungen, Rundfunk und digitale Angebote haben unterschiedliche Aufgaben, Geschäftsmodelle und publizistische Profile. Sie berichten auch nicht alle gleich. Das ist gut so. Trotzdem gibt es eine gemeinsame Grundlage: Presse- und Rundfunkfreiheit, journalistische Verantwortung und die Verpflichtung, Informationen sorgfältig zu recherchieren. Erstmals treten Medien aus unterschiedlichen Bereichen in dieser Form gemeinsam für diese Grundsätze ein. Das ist ein wichtiges Signal. Die Aktionswoche findet rund um den Internationalen Tag der Demokratie am 15. September statt. Sie soll eine Debatte anstoßen: Wie wollen wir künftig miteinander diskutieren? Welche Informationen brauchen wir? Und welche Rolle spielen professionelle Medien in einer zunehmend digitalen Öffentlichkeit?

Kritiker könnten sagen: Medien werben in eigener Sache und erklären sich selbst zur Grundlage der Demokratie.

Dieser Einwand ist ernst zu nehmen. Journalismus darf sich nicht selbst zum Maßstab aller Dinge erklären. Auch Medien machen Fehler. Auch Redaktionen müssen sich Kritik gefallen lassen. Sie müssen transparent arbeiten, Quellen prüfen und bereit sein, Fehler zu korrigieren. Aber Selbstkritik darf nicht dazu führen, dass wir die Bedeutung professioneller Berichterstattung kleinreden. Eine Redaktion arbeitet nach nachvollziehbaren Regeln. Sie recherchiert, prüft Informationen, fragt nach, ordnet ein und übernimmt Verantwortung für das, was veröffentlicht wird. Das unterscheidet Journalismus von vielen Inhalten, die im Netz kursieren. Dort kann jeder etwas behaupten. Das ist von der Meinungsfreiheit geschützt. Aber nicht jede Behauptung ist deshalb eine Nachricht und nicht jede Meinung ist ein Fakt. Unsere Aufgabe ist es, den Unterschied sichtbar zu machen. Wir wollen nicht bestimmen, was die Menschen denken. Wir wollen ihnen helfen, sich gut informiert eine eigene Meinung zu bilden.

Was heißt das konkret für die Walsroder Zeitung?

Wir berichten über die Themen, die das Leben der Menschen in unserer Region tatsächlich prägen. Über Entscheidungen im Rathaus. Über Schulen und Kindertagesstätten. Über Unternehmen und Arbeitsplätze. Über Vereine, Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement. Aber auch über Konflikte, Versäumnisse und Entscheidungen, die kritisch hinterfragt werden müssen. Das Lokale ist nicht die kleine Ausgabe der großen Politik. Es ist der Ort, an dem Politik konkret wird. Wenn eine Straße gebaut wird, eine Schule saniert werden muss, ein Betrieb schließt oder ein neues Gewerbegebiet geplant wird, betrifft das die Menschen unmittelbar. Eine überregionale Redaktion kann solche Themen nicht in dieser Tiefe begleiten. Wir kennen die Verantwortlichen und die Zusammenhänge. Wir können nachfassen, wenn eine Ankündigung nicht umgesetzt wird. Und wir bleiben an einem Thema, auch wenn die erste Aufmerksamkeit vorbei ist. Das ist der besondere Wert einer Lokalzeitung: Sie ist Teil dieser Region und trägt Verantwortung.

Ist eine lokale Zeitung dann nicht automatisch parteiisch, weil sie so nah an den Menschen und den Verantwortlichen ist?

Nähe darf niemals bedeuten, unkritisch zu werden. Im Gegenteil: Wer vor Ort arbeitet, kann genauer hinschauen und muss sich an den eigenen Ansprüchen messen lassen. Wir kennen viele Menschen, über die wir berichten. Das schafft Vertrauen, aber auch eine besondere Verantwortung. Persönliche Bekanntschaften dürfen die journalistische Arbeit nicht bestimmen. Entscheidend sind Fakten, Relevanz und die Frage, was die Öffentlichkeit wissen muss. Lokaljournalismus bedeutet nicht, jede Person und jede Gruppe gleich darzustellen. Es bedeutet, fair zu recherchieren, unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen und die eigene journalistische Bewertung nachvollziehbar zu machen.

Das Motto lautet „Demokratie braucht viele Stimmen“. Bedeutet das, dass jede politische Position gleich viel Raum bekommen muss?

Nein. Vielfalt bedeutet nicht Beliebigkeit. Und Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass jede Aussage automatisch wahr oder journalistisch relevant ist. Eine Redaktion muss unterschiedliche Perspektiven abbilden. Sie muss aber auch prüfen, ob Aussagen belegt sind, ob sie den Kern einer Debatte treffen und ob sie möglicherweise bewusst täuschen oder Menschen herabwürdigen. Wir dürfen problematische Behauptungen nicht dadurch aufwerten, dass wir sie ungeprüft weiterverbreiten. Wer demokratische Debatten stärken will, muss Fakten und Meinungen sauber trennen. Das gilt für alle politischen Richtungen. Unser Anspruch ist: Wir geben den Menschen eine Stimme, aber wir geben Desinformation keine Bühne.

Zur Person

Kai Röhrbein ist Verleger und Geschäftsführer der J. Gronemann GmbH & Co. KG, dem Verlag der Walsroder Zeitung. Außerdem ist er Vorsitzender des Verbands Deutscher Lokalzeitungen und Lokalmedien e. V. (VDL). Der VDL vertritt kleinere und mittelständische lokale Zeitungs- und Medienhäuser gegenüber Politik und Wirtschaft. Zugleich fördert der Verband den Austausch und die Zusammenarbeit seiner Mitgliedsverlage.

Viele Menschen sagen heute, sie seien von Nachrichten überfordert. Wie kann eine Zeitung da Orientierung geben?

Indem sie nicht einfach noch mehr Meldungen produziert, sondern auswählt, erklärt und einordnet. Eine gute Lokalzeitung muss nicht jede Nachricht aus dem Netz wiederholen. Ihre Aufgabe ist es, zu entscheiden, was für die Region wichtig ist. Sie muss Hintergründe liefern und Zusammenhänge erklären. Sie sollte sagen, was bekannt ist, was noch unklar ist und welche Fragen offen sind. Orientierung entsteht nicht durch Lautstärke. Sie entsteht durch Verlässlichkeit. Leserinnen und Leser müssen wissen: Wenn ich diese Zeitung lese, bekomme ich keine bloße Aufregung, sondern eine sorgfältig recherchierte Einordnung. Wir sind keine Marktschreier und keine Empörungsmaschine. Wir berichten, was ist.

Wie gehen Sie mit dem Vorwurf um, Lokalzeitungen seien zu kritisch oder zu negativ?

Kritik gehört zu unserer Arbeit. Eine Zeitung ist nicht dazu da, Entscheidungen nur freundlich zu begleiten. Wir berichten auch über Probleme, weil sie öffentlich relevant sind. Wenn eine Schule Mängel hat, ein Bauprojekt aus dem Ruder läuft oder Bürgerinnen und Bürger mit einer Entscheidung unzufrieden sind, müssen wir das aufgreifen. Das ist keine Negativität. Das ist Öffentlichkeit. Gleichzeitig sollten wir nicht bei der Kritik stehen bleiben. Wir müssen erklären, welche Lösungen diskutiert werden, wer Verantwortung trägt und was als Nächstes passiert. Dazu gehört auch, gute Entwicklungen sichtbar zu machen. Lokaljournalismus kann kritisch und konstruktiv zugleich sein.

Was tun Sie, wenn die Redaktion einen Fehler macht?

Dann muss der Fehler korrigiert werden. Offen und nachvollziehbar. Glaubwürdigkeit entsteht nicht dadurch, dass ein Medium behauptet, immer fehlerfrei zu sein. Das wäre nicht glaubwürdig. Glaubwürdigkeit entsteht dadurch, dass Fehler nicht verschwiegen werden und dass eine Redaktion erklärt, was korrigiert wurde. Wir müssen uns an unseren eigenen Maßstäben messen lassen. Wer von anderen Transparenz verlangt, muss selbst transparent arbeiten.

Manche Menschen sagen: „Ich informiere mich über soziale Netzwerke. Eine Zeitung brauche ich nicht mehr.“ Was antworten Sie?

Soziale Netzwerke können ein Zugang zu Informationen sein. Sie können Hinweise geben, Debatten sichtbar machen und Menschen miteinander verbinden. Aber sie ersetzen keine verlässliche Redaktion. In sozialen Netzwerken entscheidet häufig ein Algorithmus, was sichtbar wird. Eine Lokalzeitung bietet etwas anderes: Sie stellt eine Auswahl zusammen, prüft Quellen, erklärt Zusammenhänge und bleibt für ihre Berichterstattung verantwortlich. Sie arbeitet nicht nur dann an einem Thema, wenn es viele Klicks verspricht. Ich würde deshalb nicht sagen: Entweder soziale Netzwerke oder Zeitung. Viele Menschen nutzen beides. Aber wer sich eine fundierte Meinung bilden will, sollte wissen, woher Informationen kommen und nach welchen Regeln sie entstanden sind.

Was können Leserinnen und Leser selbst für eine lebendige demokratische Öffentlichkeit tun?

Sie sollten unterschiedliche Quellen nutzen, Fragen stellen und nicht jede Meldung sofort weiterverbreiten. Sie können mit Redaktionen Kontakt aufnehmen, Fehler ansprechen und eigene Perspektiven einbringen. Sie können außerdem lokale Berichterstattung unterstützen. Eine Zeitung ist kein anonymer Inhalt, der einfach verfügbar ist. Hinter jeder Recherche stehen Menschen und Strukturen. Und Demokratie lebt vom Gespräch. Deshalb sollten wir auch mit Menschen im Austausch bleiben, die anderer Meinung sind. Nicht jede Debatte muss in einem Kompromiss enden. Aber sie sollte fair, sachlich und respektvoll geführt werden.

Was ist Ihre wichtigste Botschaft an die Leserinnen und Leser der WZ?

Demokratie beginnt nicht erst in Berlin oder bei einer Wahl. Sie beginnt täglich vor Ort. In Gesprächen, in Vereinen, in Schulen, in Betrieben, in den Rathäusern und in den Familien. Damit diese Demokratie funktioniert, braucht es Menschen, die zuhören, widersprechen und Verantwortung übernehmen. Und es braucht Medien, die Informationen recherchieren, prüfen und einordnen. Die Walsroder Zeitung will ein solcher Ort sein. Nicht, weil wir behaupten, auf jede Frage die letzte Antwort zu haben. Sondern weil wir jeden Tag daran arbeiten, die richtigen Fragen zu stellen und der Region eine verlässliche Öffentlichkeit zu geben. Demokratie braucht viele Stimmen. Sie braucht aber auch Menschen und Medien, die diese Stimmen hörbar, überprüfbar machen und miteinander ins Gespräch bringen.